

# Mitteilung

## öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Bezirksvertretung 5 (Nippes)	09.09.2021

### **Dringlichkeitsantrag von FDP, GUT und Klima Freunden zur provisorischen Barrierefreiheit an der Haltestelle Slabystraße der Linie 18 (AN1444/2021)**

Die Bezirksvertretung Nippes hat in der Sitzung vom 17.06.2021 einen Dringlichkeitsantrag zur Herstellung einer provisorischen Barrierefreiheit an der Haltestelle Slabystraße beschlossen. Laut Beschluss wird die Verwaltung mit der Installation eines barrierefreien Zugangs an der Haltestelle Slabystraße der Linie 18 beauftragt. Die Verwaltung soll eine provisorische Lichtsignalanlage für zu Fuß gehende am nördlichen und/oder südlichen Ende der Bahnhaltestelle der Linie 18 einrichten. Zusätzlich fordert die BV einen stufenlosen Zugang zum Bahnsteig am Ort der Querung. Darüber hinaus soll die Verwaltung prüfen, ob eine ebenerdige Querung realisierbar sei, damit beide Bahnsteige ebenerdig erreicht werden können.

#### **Hierzu nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:**

Die Zuwegungen an der Haltestelle Slabystraße der Linie 18 sind aufgrund der örtlichen Gegebenheiten komplex und müssen detailliert betrachtet werden.

Die Verwaltung prüft, welche Form der provisorischen Zuwegung zum westlichen Bahnsteig (Fahrtrichtung stadteinwärts) möglich ist. Hierbei muss die temporär veränderte Verkehrssituation (Sperrung der beiden südlichen Fahrspuren der Mülheimer Brücke) berücksichtigt werden. Außerdem ist zu beachten, dass die Querung die derzeit eingerichtete Baustelleneinrichtungsfläche tangiert.

Ein barrierefreier Zugang des östlichen Bahnsteiges (Fahrtrichtung stadtauswärts) ist innerhalb der temporären Querungseinrichtung hingegen nicht realisierbar. Der östliche Bahnsteig ist in Folge seiner angrenzenden Lage zur Niehler Straße oberirdisch aus dem Osten kommend nicht zu erreichen. Eine oberirdische Querung der Schienen ist zudem wegen der Hochlage der Bahnsteige ausgeschlossen. Aufgrund dieser technischen Randbedingungen ist der temporäre barrierefreie Ausbau zum östlichen Bahnsteig nicht möglich.

Die Verwaltung wird für die Zuwegung zum westlichen Bahnsteig entsprechende Angebote einholen und eine zeitnahe Vergabe prüfen. Aufgrund des Eingriffs in die bestehende Stadtbahnanlage wird eine Abstimmung und Beteiligung der Technischen Aufsichtsbehörde notwendig werden.